

Philip H. Gordon

Trading Places: America and Europe in the Middle East

Survival, Band 47, Nr. 2 (Sommer 2005), S. 87–99

Philip H. Gordon, Senior Fellow in Foreign Policy Studies an der Brookings Institution in Washington, stellt in seinem Beitrag den Rollentausch in der globalen Machtordnung am Beispiel des Mittleren Ostens zwischen den Vereinigten Staaten einerseits sowie Großbritannien und Frankreich andererseits während der letzten 100 Jahre gegenüber.

Seine Ausführungen gehen dabei von der Annahme aus, dass die Politik eines Staates vor allem von seiner relativen Machtposition bestimmt wird, die er im internationalen Staatensystem einnimmt und die nicht auf angebliche moralische Entwicklungen zurückzuführen ist.

Diese These belegt er an Hand verschiedener historischer Beispiele, an Versuchen, eigene Ordnungsvorstellungen im Mittleren Osten durchzusetzen, die jeweils von den eigenen Mitteln und Fähigkeiten bestimmt wurden, aber auch von deren Überbewertung.

Somit ergibt sich für Gordon, dass Amerika heute in den Fußstapfen der beiden ehemaligen, imperialen europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich steht, die sich auch gezwungen sahen, Gewalt zur Ordnung ihrer Einflussphären anzuwenden.

Vor nicht allzu langer Zeit waren die Europäer noch selbstbewusst, interventionistisch und militaristisch, und die Amerikaner waren die kompromissbereiten Befürworter der Vereinten Nationen (VN) und des Völkerrechts. Deshalb könnten die Amerikaner aus den Fehlern der Europäer, das heißt der Selbstüberschätzung und dem Wunschdenken, lernen.

Dieser Rollentausch, der sich sowohl auf die Rhetorik als auch auf den Inhalt bezieht, wird an vier Beispielen festgemacht:

Im ersten Fall werden die britische Iranpolitik zwischen 1951 und 1953 und die damalige US-Position der Truman-Administration der heutigen Debatte über die nuklearen Rüstungsprogramme gegenübergestellt.

Zu Beginn der fünfziger Jahre versuchten die Briten, ihren Einfluss auf den Iran zu erhalten – trotz ihres erheblichen Machtverlustes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalistischen Politik Mohammad Mosaddeqs zur Verstaatlichung der Ölindustrie. London war bereit, militärisch für einen Regimewechsel einzugreifen. Die amerikanische Regierung hingegen verwies auf die Notwendigkeit der Einheit des Westens und auf moralische Bedenken sowie auf die enormen Risiken, die eine solche Intervention mit sich bringen könnte: Im schlimmsten Fall könnte sie weite Teile der islamisch-arabischen Welt in die Arme der Sowjets treiben. Das Endergebnis war ein interner Umsturzversuch der Briten (ohne direktes Eingreifen) als Kompromiss mit den USA.

Heute hält sich die Bush-Administration die militärische Option für die Verhinderung eines nuklear gerüsteten Irans offen, während die EU – eigentlich die so genannte Troika, bestehend aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland – den Einsatz von militärischen Zwangsmaßnahmen auf jeden Fall zu vermeiden sucht.

Im zweiten Fallbeispiel vergleicht der Autor die Eroberung des Iraks durch die Briten 1917 mit dem heutigen Irak-Engagement der USA. Neben den sehr ähnlichen strukturellen Problemen zeigt er auch die rhetorischen beziehungsweise weltanschaulichen Parallelen zwischen den beiden Stabilisierungsversuchen auf, die im Falle Großbritanniens bis 1958 dauerten.

In beiden Fällen wurden die sich selbst als Befreier (einmal von den Osmanen, das andere mal von den Baathisten) Fühlenden von den Irakern nicht als solche gesehen.

Diese Ähnlichkeiten bestehen auch für die Bewertung des Konfliktes; so warfen die USA 1920 den Briten und Franzosen vor, sich vor allem für das Erdöl und die Ausweitung ihres Einflusses zu interessieren. Die kulturelle Komponente, das heißt die islamische, wurde in beiden Fällen unterschätzt.

Als dritten Vergleich bemüht er den französische Algerienkrieg und die zum dritten Irakkrieg spiegelbildlichen Positionen Frankreichs und der USA zu einem VN- und NATO- Engagement.

Frankreich versuchte um jeden Preis, die VN aus dem Konflikt herauszuhalten, während die Eisenhower-Administration eben dies befürwortete und vor den Konsequenzen im arabisch-sowjetischen Verhältnis warnte. Paris hingegen forderte eine Mitwirkung der NATO an den Kampfhandlungen in Nordafrika, da diese im allgemeinen Interesse des Westens liegen würden, was aber von Washington durchkreuzt wurde.

In den ähnlich gelagerten Versuchen der Vereinigten Staaten vor Beginn des dritten Irakkrieges verhielten sich die Franzosen argumentativ auf gleiche Weise.

Als finales Exempel wird die Suez-Krise von 1956 beleuchtet, die einen Dreh- und Angelpunkt der Entwicklung im Mittleren Osten bis heute darstellt, da sie ebenfalls in gewisser Weise dem Vorspiel zum dritten Irakkrieg gleicht; auch hier gab es den Versuch, den Sicherheitsrat als Legitimationsgrundlage zu gebrauchen, nur mit verkehrten Rollen.

Dabei gingen die Europäer vor den Sicherheitsrat, um zu beweisen, dass er nicht handlungsfähig ist, dass Nasser eine Bedrohung nicht nur für die Region, sondern auch für den Weltfrieden darstellt und den Status quo der Europäer gefährdet und dass es daher zu einem Regimewechsel in Ägypten kommen muss.

Die USA verwiesen wie schon in der Irankrise auf die Gefahr für die eigenen Interessen in der arabisch-islamischen Welt und auf eine mögliche Konfrontation mit den Sowjets, sie empfahlen Verhandlungen unter VN-Regie, um wenig später die Position eines Hegemonen für den Mittleren Osten zu übernehmen.

Die Suezkrise stellt den letzten und gescheiterten Anlauf der Europäer dar, mit Gewalt ihre eigenen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.

Die Reaktion der USA – Entzug von Unterstützung – prägt bis heute das strategische Denken Großbritanniens und Frankreichs, jedoch im umgekehrten Sinne.

Für Großbritannien heißt es: Nichts mehr ohne die USA. Für Frankreich gilt dagegen: Nicht mehr auf die Unterstützung der USA zählen.

So zieht der Autor am Ende Bilanz, indem er seine eingangs erwähnte These prägnant wiederholt: „Where you stand depends on where you sit.“ Er relativiert die von vielen Europäern postulierte moralische Überlegenheit gegenüber den Amerikanern, legt diesen aber nahe, aus den Erfahrungen der Europäer Lehren zu ziehen, damit die Ära der amerikanischen Vormachtstellung möglichst nicht so bald aus den gleichen Fehlern und Trugschlüssen wie die der Europäer endet.

Worin nun die Fehler der Europäer neben der angesprochenen Hybris bestanden haben, bleibt der Autor schuldig.

Meinem Erachten nach wird der Bedeutung des Islams als zentraler Herrschaftslegitimation in dieser Analyse zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Argumentation und der Aufbau des Artikels sind klar, doch ist er für die These des Rollentauschs etwas langatmig, und die gewählten Beispiele haben nur bedingt Aussagekraft, da die USA schon von 1917 an und bis heute über die bei weitem größeren Potenziale verfügen und somit ein direkter Vergleich zu den Europäern hinkt, auch betont der Autor immer wieder die als Priorität betrachtete Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

Gordon rät auch zu einem Überdenken der europäischen Position hin zu einer Neubewertung von militärischen Mitteln und zur Erkenntnis, dass man Sicherheit und Wohlstand bewahren kann, wenn man auch bereit ist, die sie gewährleistende Ordnung aufrecht zu erhalten.

Man kann dem nur zustimmen und auf eine transatlantische Zusammenarbeit zur Stabilisierung des Mittleren Ostens hoffen, auch wenn diese zurzeit noch nicht abzusehen ist.

Europa hat noch immer keinen Willen und kein Konzept, um sich dem islamischen Revisionismus entgegenzustellen und seine Trittbrettfahrer-Position gegenüber den Amerikanern aufzugeben.

Bernhard M. F. Beitelmaier